

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsendeten Bundesräte
Ing. Reinhold Einwallner, Jürgen Weiss und Edgar Mayer

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend HPV-Impfung

In Österreich hat die Gesundheitsvorsorge einen sehr hohen Stellenwert. Zahlreiche Programme werden in diesem Zusammenhang angeboten und verhindern in vielen Fällen leidvolle Krankheiten.

Eine Möglichkeit, eine schwere Krankheit zu verhindern, ist die sogenannte HPV-Impfung, die leider nicht kostenlos ist. Die Kosten dieser Impfung, mit welcher Gebärmutterhalskrebs verhindert werden kann, liegen aktuell bei € 465,-- (Medikamentenkosten). Regulär kosten die drei Teilimpfungen über € 600,--.

Gebärmutterhalskrebs ist die zweithäufigste Krebserkrankung bei Frauen. Jährlich erkranken in Österreich ca. 550 Frauen daran, 180 Frauen sterben am Zervixkarzinom. Damit ist Gebärmutterhalskrebs auch die zweithäufigste Todesursache bei Frauen zwischen 15 und 44 Jahren. Dabei wären die Auslöser dieses Krebses, nämlich die Human Papilloma-Viren, durch die genannte Impfung einfach zu bekämpfen. So wird beispielsweise die Aufnahme dieser Impfung in das Kinderimpfprogramm auch vom obersten Sanitätsrat empfohlen.

Die Kosten für die Durchimpfung eines ganzen Jahrganges würden sich unseren Informationen zufolge auf ca. 25 Millionen Euro belaufen, wobei diese, wie im österreichischen Impfkonzert üblich, durch eine Drittelfinanzierung gedeckt werden sollen. Zwei Drittel übernimmt der Bund, das restliche Drittel wird zwischen Sozialversicherung und Ländern geteilt.

Da es offene Fragen rund um die Finanzierung in Sachen HPV-Impfung gibt, richten die unterzeichnenden Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

- 1.) Wäre Sie bereit die Kosten für die Durchimpfung eines Jahrganges im sonst üblichen Aufteilungsschlüssel (zwei Drittel Bund, ein Drittel Länder und Sozialversicherungen) zu gewährleisten?


